



Veröffentlicht bei www.gsc-research.de

Sachsenmilch AG (ISIN DE0007152605)

Tel.:
An den Breiten +49 (0) 3528 / 434 - 140
D-01454 Leppersdorf Fax:
Deutschland +49 (0) 3528 / 434 - 734

Kontakt Investor Relations:
Gerd Oltmann-Janssen
Email: info@sachsenmilch.de

Internet: <http://www.sachsenmilch.de>

HV-Bericht Sachsenmilch AG

Freie Aktionäre stellen Sonderprüfungsanträge

Zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung hatte die Sachsenmilch AG ihre Aktionäre am 10. Juli 2018 wie bereits in den Vorjahren in die Räumlichkeiten der Müllermilch-Gruppe am Standort im sächsischen Leppersdorf eingeladen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Theobald Müller (Eigentümer des Müllermilch-Konzerns) begrüßte rund zehn Aktionäre, darunter Alexander Langhorst von GSC Research, der als Vertreter verschiedener Aktionäre an der Versammlung teilnahm. Nach Erledigung der üblichen einleitenden Hinweise und Formalien erteilte Herr Müller den beiden Vorstandsmitgliedern Johannes Gufler und Branislav Fiala das Wort.

Bericht des Vorstands

Nach Begrüßung der Teilnehmer gab Herr Gufler einleitend zunächst einen kurzen Überblick über die Sachsenmilch AG. Nach seiner Aussage besteht das Grundkapital in Höhe von 51.129,19 Euro weiterhin unverändert aus jeweils 10.000 nennbetragslosen Inhaber- und Namensstammaktien, insgesamt also 20.000 Anteilsscheinen. Die Aktien werden nach dem vollzogenen Delisting an keiner Wertpapierbörse mehr gehandelt.

Operativ beschränken sich die Aktivitäten der Sachsenmilch seit den Umstrukturierungen im Jahr 2011 auf die Verwaltung des eigenen Vermögens. Hierbei hat der Vorstand auf die Gegebenheiten am Kapitalmarkt zu reagieren, die Ergebnisentwicklung der Sachsenmilch AG wird dabei im Wesentlichen von etwaigen Änderungen des Zinsniveaus beeinflusst.

Sodann erläuterte der Vorstand das vorgelegte Zahlenwerk für das abgelaufene Geschäftsjahr 2017. Nach seiner Angabe wird das Rohergebnis mit 0 (Vorjahr: 15) TEUR ausgewiesen, da im Berichtsjahr keinerlei Erträge generiert wurden. Letztere lagen 2016 noch bei 14 TEUR. Rückläufig entwickelten sich

auch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen auf 173 TEUR nach zuvor 228 TEUR. Darin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3,5 (20) TEUR. Trotz gesunkener Kosten liegt das Betriebsergebnis mit minus 173 TEUR nach minus 213 TEUR im Vorjahr weiterhin im negativen Bereich.

Angesichts der Anlage der eigenen Mittel ist insbesondere die Entwicklung des Zinsumfeldes von hoher Bedeutung. Aufgrund des negativen Referenzzinssatzes wurden die zinslosen Darlehen wie bereits im Vorjahr nicht abgezinst. Wie Herr Gufler in Erinnerung rief, sind in Folge der Verschmelzung der Sachsenmilch Molkenveredelungs GmbH und der Sachsenmilch Käserei GmbH auf die Sachsenmilch Leppersdorf GmbH 2014 die zinslosen Darlehen mit allen Rechten, Pflichten und Konditionen auf die Sachsenmilch Leppersdorf GmbH übergegangen. Konkret handelt es sich dabei um den Darlehensvertrag vom 04. Dezember 2009 in Höhe von 12 Mio. Euro sowie den Darlehensvertrag über 16 Mio. Euro datierend vom 17. Dezember 2009. Insgesamt betragen die Finanzanlagen des Unternehmens 137,7 Mio. Euro, die liquiden Mittel betragen 57.982,31 Euro. Mit einer Eigenkapitalquote von 99,99 Prozent, oder 138,4 Mio. Euro ist die Gesellschaft bilanziell weiterhin sehr solide aufgestellt.

Nach Angabe von Herrn Gufler liegen die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens bei 398 TEUR nach zuvor 560 TEUR. In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen des Jahres 2017 ist kein Zinsaufwand aus Steuern enthalten, dieser lag im Vorjahr bei 6 TEUR. Das Ergebnis nach Steuern ist ein Gewinn von 222 (316) TEUR. Der Aufwand aus Steuern vom Einkommen und Ertrag lag 2017 bei 1,54 Euro nach 24 TEUR im Vorjahr. Bezogen auf die Bilanzsumme des Unternehmens per ultimo 2017 liegt die Rendite der Gesellschaft bei 0,4 Prozent.

Sodann berichtete der Vorstand noch über den bisherigen Geschäftsverlauf im Jahr 2018, als Berichtsstichtag diente hierbei der 31.05.2018. Die zur Verwaltung des eigenen Vermögens zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich nach Vorstandsangabe auf 138,59 Mio. Euro.

Diese sind aktuell wie folgt angelegt: ein variabel verzinstes Darlehen an die Unternehmensgruppe Theo Müller S.e.c.s. in Höhe von 95,0 Mio. Euro mit einem aktuellen Zinssatz von 0,386 Prozent gemäß Darlehensvertrag vom 27.02.2017 mit einer Laufzeit bis 28.02.2020. Ein weiteres fix verzinstes Darlehen an die Unternehmensgruppe Theo Müller S.e.c.s. in Höhe von 1,7 Mio. Euro mit einem Zinssatz von 0,88 Prozent laut Darlehensvertrag vom 17.12.2015 und einer Laufzeit bis zum 17.12.2018.

Bei Banken wird per Ende Mai 2018 ein Guthaben von 58 TEUR zu einem Zinssatz von 0,01 Euro gehalten. Ferner verfügt die Sachsenmilch über ein verzinsliches Guthaben im Cash-Pool der Molkerei Alois Müller GmbH & Co. KG von 833 TEUR zu einem Zinssatz von 0,08 Prozent. Grundlage der Teilnahme am Cash-Pool ist nach Vorstandsangabe eine entsprechende Vereinbarung vom 15. Juli 1999, die auch nach Einstellung des operativen Geschäfts durch die Sachsenmilch AG weiter fortgeführt wird.

Ferner existieren noch zinslose Darlehen an die Sachsenmilch Leppersdorf GmbH über 13 Mio. Euro und die Sachsenmilch Molkenderivate GmbH & Co. KG in Höhe von insgesamt 28 Mio. Euro. Diese Darlehen wurden 2009 an die damaligen Tochtergesellschaften Sachsenmilch Molkenveredelungs GmbH und die Sachsenmilch Käserei GmbH gewährt und verfügen über einen Laufzeit von zehn Jahren. Durch entsprechende Verschmelzungen gingen die Darlehen auf die Sachsenmilch Leppersdorf GmbH als Gesamtrechtsnachfolger über. Im Fall der Sachsenmilch Molkenveredelungs GmbH erfolgte der Übergang auf die Sachsenmilch Molkenderivate GmbH & Co. KG in Folge der per 01. Juli 2017 vorgenommenen Ausgliederung des Geschäftsbereichs Molkeproduktion aus der Sachsenmilch Leppersdorf.

Das Ergebnis nach HGB für die ersten fünf Monate im jetzt laufenden Geschäftsjahr 2018 gab Vorstandsmitglied Gufler mit 101 TEUR an.

Allgemeine Aussprache

Als erster Aktionär meldete sich im Rahmen der durch mehrere Pausen zur Vorbereitung von Antworten unterbrochenen Generaldebatte Aktionär Wilm Diederich Müller aus Neuenburg zu Wort und beantragte mit Blick auf den Gewinnverwendungsvorschlag statt einer Geldzahlung eine Aktie der Reederei Herbert Ekkenga AG mit dem Sitz in Bad Zwischenahn unter den teilnehmenden Aktionären zu verlosen. Diesem Vorschlag des Redners wollte die Verwaltung unter Hinweis auf rechtliche Bedenken im Zusammenhang mit etwaigen Sachausschüttungen an die Aktionäre nicht folgen und so wurde angekündigt, zunächst über den Vorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Zweiter Redner im Rahmen der Generaldebatte war Herr Barth, der als Vertreter der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) insgesamt 128 Aktien, darunter auch eigene Anteile, vertrat und sich wenig erfreut über die Entwicklung der Gesellschaft aus Sicht der Minderheitsaktionäre zeigte. Positiv wertete er das in diesem Jahr deutlich höhere Interesse an der Versammlung, welches er nicht zuletzt auf die gestellten Tagesordnungsergänzungsanträge zurückführte. Diesen stand der SdK-Sprecher nach eigenem Bekunden auch durchaus positiv gegenüber, da auch er in den vielen Jahren als Teilnehmer der Hauptversammlung und Aktionär der Gesellschaft sich nicht des Eindrucks erwehren kann, dass man hier vom "Großaktionär über den Tisch gezogen wird".

Deutlich Kritik übte Barth wie auch noch weitere Redner nach ihm an der ausgesprochen geringen Verzinsung des vorhandenen Vermögens der Sachsenmilch AG. So wird bei einem inneren Wert je Aktie von rund 6.900 Euro lediglich ein Ergebnis je Aktie von 11 Euro erwirtschaftet, was einer sehr mageren Rendite von 0,16 Prozent entspricht. Diese Situation ist aus Sicht der verbliebenen Minderheitsaktionäre alles andere als befriedigend. Aber auch für den Hauptaktionär vermochte Herr Barth keine Vorteile zu erkennen, da bei den anhaltend niedrigen Erträgen auch eine Nutzung der vorhandenen und erheblichen steuerlichen Verlustvorträge nicht in nennenswerter Weise möglich ist. Daher mahnte Barth wie auch weitere Redner an, dass die Erträge aus dem vorhandenen Vermögen deutlich gesteigert werden müssen.

Auf die vom Redner gestellte Frage nach der Zusammensetzung des sonstigen Aufwands in Höhe von 173 TEUR pro Jahr nannte der Vorstand die nachfolgend wiedergegebenen wesentlichen Kostenpositionen. Größte Position sind die im Rahmen der Bürobewirtschaftung anfallenden Aufwendungen in Größenordnung von knapp 134 TEUR. Dabei entfällt der größte Teil auf fällige Umlagen für Verwaltungskosten und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen aus der Holding, in Summe belaufen sich diese auf rund 117 TEUR. Die Kosten für die angemieteten Büroräumlichkeiten von 30 Quadratmeter für die Sachsenmilch AG wurden auf 7,6 TEUR pro Jahr beziffert. Vorstandsvergütungen fallen auf Ebene der AG nicht an, die der Gesellschaft zur Verfügung gestellte Arbeitskraft der beiden Vorstandsmitglieder wird über die genannte Konzernumlage mit abgegolten. Alle übrigen Kostenpositionen bewegen sich unter 5 TEUR.

Die ebenfalls im Rahmen der Generaldebatte erfragten Kosten der letztjährigen Hauptversammlung bezifferte der Vorstand wie folgt. So beliefen sich die Kosten für die Deutsche Bank AG zur Übernahme der Zahl- und Hinterlegungsstellenfunktion auf etwas über 13 TEUR, die weiteren allgemeinen Kosten lagen bei gut 1 TEUR. Für die gesamte Dividendenausschüttung ist ein Betrag von weiteren 1,5 TEUR fällig geworden.

Des Weiteren erkundigten sich Herr Barth und weitere Debattenredner nach der Höhe der bestehenden steuerlichen Verlustvorträge. Diese wurden per Stichtag 31. Dezember 2016 mit rund 16,55 Mio. Euro

bei der Körperschaftssteuer und 25,95 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer angegeben. Die entsprechenden Steuerbescheide für das Veranlagungsjahr 2016 stammen nach Vorstandsangabe vom 23.03.2018. Auf die ergänzende Nachfrage nach dem aktuellen Stand bei etwaigen steuerlichen Betriebsprüfungen antwortete der Vorstand, dass aktuell die steuerliche Betriebsprüfung für die Veranlagungsjahre 2012 bis 2014 läuft, ein Ergebnis der per 24. Januar 2017 angeordneten Prüfung liegt bislang noch nicht vor, so dass hierzu auch keine weitere Aussage getroffen werden kann.

Überdies teilte der Vorstand auf Nachfrage mit, dass die Sachsenmilch AG neben den bereits genannten steuerlichen Verlustvorträgen auch noch über ein steuerliches Einlagekonto verfügt. Dessen Umfang wurde vom Vorstand per Ende 2017 auf gut 1,5 Mio. Euro beziffert.

Herr Barth stellte den Antrag, die Hauptversammlung der Gesellschaft ohne weitere Beschlussfassungen zu vertagen, da er Sorge habe, dass die Versammlung entgegen der Aussage der Verwaltung nicht in den eigenen Räumlichkeiten stattfindet. So erschien ihm der Sitzungsraum nicht Teil der von der Sachsenmilch AG angemieteten Flächen von etwas über 30 Quadratmetern zu sein. Über diesen Antrag ließ der Aufsichtsratsvorsitzende vor den Abstimmungen über die vorliegende Tagesordnung nebst den Ergänzungsanträgen abstimmen. Erwartungsgemäß hat die Hauptaktionärin diesen Antrag nicht unterstützt, so dass dieser nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hat.

Als zweiter Redner meldete sich Jens Jüttner, Vorstandsmitglied der Deutsche Balaton AG zu Wort. Die Deutsche Balaton hatte zusammen mit weiteren Aktionären eine Ergänzung der Tagesordnung veranlasst. Einleitend zeigte er sich mit Blick auf das Unternehmen durchaus positiv gestimmt und äußerte seinen Eindruck, dass das Unternehmen über gute und freundliche Mitarbeiter verfügt. Trotz dieses durchaus positiven Eindrucks zeigte sich der Redner mit Blick auf die aus den vorhandenen Vermögenswerten realisierten Erträge alles andere als zufrieden und einverstanden. Nach seiner Berechnung wäre auch für die Sachsenmilch bei einer vernünftigen Anlagestrategie eine Rendite im Bereich von etwa 5 Prozent erzielbar. Ausgehend von dieser Berechnung ergäbe sich ein jährliches Ergebnis von rund 7 Mio. Euro. Insoweit hat die Gesellschaft in den vergangenen Jahren durch das Handeln des Hauptaktionärs einen Schaden in einer Bandbreite von 50 bis 100 Mio. Euro erlitten. Vor diesem Hintergrund ist es nach seiner Einschätzung dringend geboten, hierauf mit einer Abberufung und Neubesetzung des Aufsichtsrats zu reagieren (TOP 8). Zudem wird unter Tagesordnungspunkt 7 die Änderung der Satzung vorgeschlagen, um dem Vorstand bei der Anlage der vorhandenen Mittel einen größeren Spielraum zu verschaffen und etwa auch die Investition in Wertpapiere oder Sachwerte explizit zu erlauben. Nach dem Eindruck der vorschlagenden Aktionäre scheint die bisherige Satzung der amtierenden Verwaltung diesbezüglich zu eng gefasst zu sein.

Ferner beabsichtigt die Aktionärin Deutsche Balaton zusammen mit den übrigen Antragstellern im Rahmen der von der Hauptversammlung zu beschließenden Sonderprüfung den Umfang eingetretener Schäden näher aufklären zu lassen. Herr Jüttner warb in seinem Wortbeitrag auch darum, dass sich die übrigen Anwesenden Aktionäre diesem Antrag anschließen und für diesen ihre Stimme abgeben (TOP 9).

Breiten Raum in der Generaldebatte - in deren weiterem Verlauf sich auch Frau Bondchev als Vertreterin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) noch zu Wort meldete - nahm die Frage nach der verfolgten Anlagestrategie ein. Hier interessierten sich Herr Jüttner, aber auch Aktionärsvertreter Alexander Langhorst, zugleich Verfasser dieses Berichts, auch für den Auswahlprozess von Anlagealternativen, den Gründen, warum letztlich dennoch eine Mittelgewährung an Adressen aus dem Müller-Konzern erfolgt ist, und wie bei der Vergabe der Mittel die Risiken geprüft wurden. Zur verfolgten Anlagestrategie erklärte der Vorstand, dass man ganz klar auf die Sicherheit der getätigten Geldanlagen achtet und dabei der Leitspruch "Sicherheit vor Rendite" beherzigt wird. Durch

die Anlage der Mittel im Theo Müller-Konzern kann eine über dem 3-monatigen Euribor liegende Verzinsung erzielt werden.

Im weiteren Debattenverlauf stellten hierzu insbesondere Herr Jüttner wie auch der Verfasser Nachfragen, wie man sich etwa die Besicherung der vergebenen Darlehen vorzustellen hat. Hierzu erläuterte die Verwaltung, dass die Ausreichung der Mittel ohne die Bestellung von Sicherheiten erfolgt ist. Hierbei agiert man analog zu den Banken, die für ihre Darlehensausreichungen ebenfalls keine Sicherheiten verlangen. Das ebenfalls erfragte Rating des Müller-Konzerns wurde vom Vorstand mit "Baa1" benannt. Die bei der Darlehensausreichung realisierten Erträge halten auch dem Markt- und Drittvergleich stand, die Kalkulation erfolgt dabei über das Berechnungsprogramm Moodys Risks Calc Plus. Als konkretes Beispiel im Berichtszeitraum wurde hier die Ausreichung des 95 Millionen Euro Darlehens an die Theo Müller genannt. Beim Rating mit Baa1 ergibt sich bei dreijähriger Laufzeit eine Verzinsung in Anlehnung an den 3-Monats-Euribor von 0,381 Prozent. Die genannte Kondition erscheint dem Vorstand auch plausibel und marktgängig zu sein, wie er an den Konditionen von Schuldscheindarlehen der LBBW aus 2017 an die Molkerei Alois Müller mit einer ebenfalls dreijährigen Laufzeit verdeutlichte. Hier liegt der zu zahlende Zinssatz zwischen 0,212 und 0,272 Prozent und damit sogar noch unter der von der Sachsenmilch AG erzielten Kondition für die ausgereichten Mittel. Auch die Schuldscheindarlehen wurden ohne weitere Besicherung ausgereicht.

Im Zusammenhang mit der Fragestellung, welche Befassungen des Vorstands mit Fragen der Geldanlage im Berichtsjahr erfolgt sind, antwortete der Vorstand, dass mit Ausnahme der Ausreichung des genannten Darlehens keine weiteren nennenswerten Transaktionen angefallen sind. Insofern erfolgte auch keine weitere Befassung hiermit. Herr Gufler wies in diesem Kontext auch auf die Laufzeit der gegebenen Darlehen hin. Diese haben im Wesentlichen eine Laufzeit bis 2019 bzw. 2020. Im aktuell laufenden Jahr wird das Darlehen über 1,7 Mio. Euro per 17. Dezember 2018 fällig, auch hier will man bei etwaigen Neuanlagen die bisherige Anlagestrategie weiterhin als Richtschnur nutzen.

Befragt nach den Konditionen für die im Rahmen des Cash-Pools im Konzern angelegten bzw. in Anspruch genommenen Mittel nannte der Sachsenmilch-Vorstand einen Zinssatz, der sich aus dem 1-Monats-Euribor zuzüglich eines Aufschlags von 0,45 Prozent für Geldanlagen bzw. eines Aufschlags von 0,65 Prozent für Inanspruchnahmen errechnen lässt.

Des Weiteren interessierten sich sowohl Herr Jüttner als auch Herr Barth dafür, welche rechtlichen Berater die Sachsenmilch AG in Anspruch nimmt. Hierzu wurde geantwortet, dass man sich im Regelfall hierbei an die Rechtsabteilung des Konzerns wendet. Praktischerweise sitzt mit Herrn Fiala der Justiziar des Konzerns direkt mit im Vorstand der Gesellschaft. Fallweise wird darüber hinaus auch auf die Expertise der Kanzlei Reed Smith in München zurückgegriffen.

Auf die Nachfrage von Aktionär Langhorst, warum die Verwaltung mit Blick auf die in der Tagesordnungsergänzung vorgeschlagene mögliche Änderung der Unternehmenssatzung auf die Anwesenheit eines Notars verzichtet, antwortete der Versammlungsleiter, dass sich ein Notar für den Fall der Fälle in Rufbereitschaft befindet und, sofern die Mehrheitsverhältnisse dies erfordern, die entsprechende Beurkundung der Satzungsänderung vornehmen könnte. Angesprochen auf die aktuelle Beteiligungshöhe des Müller-Konzerns am Unternehmen antwortete Herr Fiala, dass diese bei 85,79 Prozent im Fall der Sachsenmilch-Anlagen-Holding liegt. Weitere 5,4 Prozent liegen der TMI Luxemburg, woraus sich eine Beteiligungshöhe von gut 91 Prozent ergibt. Seit der vergangenen Hauptversammlung wurden insgesamt 4 Aktien hinzugekauft.

Abstimmungen

Nach Beendigung der allgemeinen Aussprache gegen 15:20 Uhr wurde die Präsenz mit 95,91 Prozent des stimmberechtigten Grundkapitals festgestellt. Sämtliche Beschlussvorschläge der Verwaltung wurden im Wesentlichen mit den Stimmen der Hauptaktionäre verabschiedet. Es waren hier zumeist rund 930 Gegenstimmen zu verzeichnen. Die ergänzten Tagesordnungspunkte (TOP 7, Satzungsänderung, TOP 8 Abberufung und Neuwahl der Aufsichtsratsmitglieder sowie die Beschlussfassung über eine Sonderprüfung TOP 9) wurden mit den Stimmen der Hauptaktionäre sodann abgelehnt, entsprechend lag die Zahl der abgegebenen Jastimmen hier im Bereich von jeweils 930.

Im Einzelnen beschlossen wurde die Ausschüttung einer Dividende von 0,11 Euro je Aktie (TOP 2), die Entlastung von Vorstand (TOP 3) und Aufsichtsrat (TOP 4), die Wahl der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2018 (TOP 5) sowie die Wiederwahl von Frau Susanne Müller in den Aufsichtsrat (TOP 6).

Sodann wurde über die von den Aktionären Deutsche Balaton AG, Scherzer & Co. AG, RM Rheiner Management AG sowie Albrecht von Witzleben angestregten Punkte der ergänzten Tagesordnung abgestimmt. Dies waren eine Satzungsänderung (TOP 7), die Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder sowie die Wahl der Herren Dr. Georg Issels, Hans Peter Neuroth und Rolf Birkert zu neuen Aufsichtsratsmitgliedern (TOP 8) und die Bestellung eines Sonderprüfers zur Untersuchung verschiedener Geschäftsvorfälle und Sachverhalte (TOP 9). Da aus Sicht von Aufsichtsratschef Theobald Müller auch zu TOP 9 keine Stimmrechtsausschlüsse bestehen, wurden alle Punkte mit den bestehenden Stimmen des Hauptaktionärs abgelehnt.

Seitens der Aktionäre Barth, Jüttner und Langhorst wurde Widerspruch zu Protokoll für die von diesen vertretenen Aktien erklärt. Im Versammlungsverlauf wurden noch weitere Widersprüche von anderen Versammlungsteilnehmern erklärt. Der Versammlungsleiter konnte die Hauptversammlung nach einer Dauer von gut sechs Stunden um 16:10 Uhr schließen.

Fazit

Derzeit bewegt sich bei der Sachsenmilch AG zumindest für die freien Aktionäre wenig. Diese müssen sich mit einer sehr überschaubaren Ausschüttung auf Basis der erwirtschafteten Erträge von lediglich 0,11 Euro je Aktien zufrieden geben. Das Missverhältnis von vorhandenem Kapital und erzielten Erträgen wird besonders deutlich, wenn man den bilanziellen Eigenkapitalwert je Sachsenmilch-Aktie errechnet. Dieser liegt bei etwas über 6.900 Euro je Anteilsschein, das erzielte Ergebnis je Aktie beträgt indes lediglich knapp 11 Euro, woraus sich eine Rendite von gerade einmal 0,16 Prozent ergibt. Aus Sicht des Hauptaktionärs Müller Milch ist diese Situation aber wohl kein allzu großes Problem, kann man doch mit den vorhandenen Sachsenmilch-Mitteln von knapp 140 Mio. Euro zu ausgesprochen attraktiven Zinssätzen und teilweise sogar zinslos arbeiten und sich so ausgesprochen günstig konzernintern refinanzieren.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass diese Entwicklung nunmehr eine Aktionärsgruppe bestehend aus der Deutsche Balaton AG, Scherzer & Co. AG, RM Rheiner Management AG sowie Herrn von Witzleben auf den Plan gerufen hat, die verschiedene Ergänzungsanträge zur Hauptversammlung gestellt haben. Aus Sicht der freien Aktionäre bleibt zu hoffen, dass hierdurch etwas Bewegung zumindest in die erzielten Renditen bei den getätigten Geldanlagen kommen wird. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der Großteil der Finanzanlagen bis 2019 bzw. 2020 vertraglich fest ausgereicht ist, so dass hier selbst im positiven Fall erst mittelfristig mit Verbesserungen rechnen wäre. Bis dahin werden sich die Aktionäre wohl noch weiter gedulden und mit der gezahlten Mindestdividende von 0,11 Euro je Aktie zufrieden geben müssen. Gehandelt wird die Sachsenmilch-Aktie nach dem Börsenrückzug derzeit noch im Telefonhandel bei der Valora Effekten

Handel AG (www.veh.com), aktuell werden drei Aktien zu einem Geldkurs von 3.195,00 Euro gesucht.

Kontaktadresse

Sachsenmilch AG
An den Breiten
D-01454 Leppersdorf

Tel.: +49 (0) 35 28 / 434 0

Fax: +49 (0) 35 28 / 434 732

Internet: www.sachsenmilchag.de

E-Mail: [aktionaere\(at\)sachsenmilch.de](mailto:aktionaere@sachsenmilch.de)